

Selbstverständniserklärung

der

vernetzenden Organisation¹

Stand: Mai 2008

Vorweg zur Ausgangslage

Die gegenwärtig immer umfassendere Einbindung des Bildungsbereiches in gesellschaftliche Verwertungsstrukturen ist eine Folge der Ökonomisierung aller Lebensbereiche nach dem kapitalistischen Prinzip. Alle Entwicklungen in diesem Prozess haben zwei grundsätzliche Tendenzen: Sie verstärken die gesellschaftlichen Auslesemechanismen, um Menschen effektiver dort hinzuleiten, wo sie innerhalb der herrschenden Verhältnisse von Nutzen sind, und sie verstärken die Konditionierung auf diese Verhältnisse, auf dass sich die Menschen nahtloser darin einfügen. In der Konsequenz ist der Raum für kritische Bildung und Wissenschaft, die sich an den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen orientiert und in diesem Sinne gegen Ausbeutung und Unterdrückung Partei ergreift, sowie der Raum für emanzipatorische Erkenntnisprozesse fast vollständig verschwunden.

Die aktuelle Schwäche kritischer und emanzipatorischer Positionen an den Hochschulen ist teilweise aber auch selbstverschuldet. Auf der Seite der Studierenden mangelt es an gemeinsamen Strategien für ein basisorientiertes, emanzipatorisches Handeln. Die bestehenden bundesweiten Verbandsstrukturen haben hier mit ihrer realpolitischen Parteipolitik bzw. ihrem lobbyistischen (Allein)Vertretungsanspruch, der eine kritische inhaltliche Positionierung zugunsten einer erhofften Massentauglichkeit scheut und sich in seinem Handeln auf eine Anbiederung an den gesellschaftlichen Mainstream beschränkt, ein riesiges Loch geschaffen. Dieses konnte in den vergangenen Jahren von losen Vernetzungszusammenhängen wie dem Nordnetz, Ostnetz, Westnetz, Südnetz oder den sporadischen „bundesweiten Vernetzungstreffen“ nur unzureichend ausgefüllt werden. Den Grund dafür sehen wir vor allem in inhaltlicher Beliebigkeit und der Ausrichtung auf Aktionismus und kurzfristige Arbeitserfolge.

Ziel dieser Selbstverständniserklärung ist es, zum wiederholten Mal deutlich zu machen, worin unser Anspruch an uns und unsere Arbeitsweisen in einer vernetzenden Organisation von selbstorganisierten Basisgruppen besteht. Beides geschah bereits ausführlich in dem „Aufruf zur vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen“ (November 2007) und in den nach der „BundesAktivenKonferenz“ (BAK) in Berlin entstandenen Ergänzungen und Konkretisierungen zu diesem Aufruf (Dezember 2007).

Was wir wollen

Wir wollen die Beschränkung der politischen Kämpfe im Bildungsbereich auf – der direkten persönlichen Betroffenheit geschuldeten – Abwehrkämpfe überwinden und wieder offensiv für freie Bildung und ein besseres Leben streiten. Die VO soll dabei den Raum und den Rahmen einer freiwilligen, aber von uns als notwendig erachteten, selbstorganisierten, überregionalen Zusammenkunft darstellen. Auf diese Weise soll die Bedeutung und Handlungsfähigkeit kritischer und emanzipatorischer Politikansätze im Bildungsbereich und darüber hinaus gestärkt werden.

Die VO ist deshalb offen für alle bewegungsorientiert, basisdemokratisch, undogmatisch und emanzipatorisch arbeitenden Gruppen und Einzelpersonen, die unter anderem bildungspolitisch arbeiten, oder Bildungseinrichtungen als einen Ort ihrer politischen Praxis begreifen. Die Wahl

1 Der Name ist eine Art Arbeitstitel und vorläufig.

dieses gesellschaftlichen Aktionsraumes ist für uns auch eine politisch strategische Überzeugung, wie gegenwärtig gesellschaftliche Veränderungen vorangetrieben werden können.

Als Ort der Selbstorganisation zwischen lokalen Gruppen stellt die VO keine eigenständig politisch in Erscheinung tretende Einheit dar; sie ist also kein Verband. Einzelpersonen, die mit der VO und ihrem Selbstverständnis sympathisieren, sind immer willkommen, aber gleichzeitig aufgerufen sich lokal in ihrem direkten Lebensumfeld zu organisieren.

Über den Austausch und die Verbindung unserer lokalen Kämpfe, unserer Analysen und unseres Tatendrangs wollen wir mit der Hilfe gemeinsamer Strategien und Handlungsansätze Alternativen zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche stärker zu Tage treten lassen. Anspruch der VO ist es nicht, situative Zusammenschlüsse für einzelne Aktionen herzustellen, oder immer nur denen Gehör zu verschaffen, die gerade auf der Suche nach Verbündeten für ihre eigenen partikularen Zielsetzungen sind. Unser Anspruch liegt vielmehr in der kontinuierlichen und umfassenden Delegitimierung der herrschenden Verhältnisse mit Hilfe von gemeinsam gefassten Gedanken, gemeinsam entworfenen Handlungsoptionen und dem Austausch mit anderen Teilen sozialer Bewegungen.

Ausgangspunkt für unsere gemeinsame Sache ist dabei die sich der herrschenden kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen, etc. Logik entziehende Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Sie beinhaltet eine radikale Kritik des institutionalisierten Bildungssystems und der gesellschaftlich herrschenden Verhältnisse, die nicht voneinander zu trennen sind. Diese Utopie wollen wir, wo immer sie konkretisierbar ist, nicht nur theoretischen Traum bleiben lassen, sondern auch in Form von selbstorganisierten und selbstbestimmten Freiräumen praktisch werden lassen und (er)lebbar machen.

Anspruch an unsere Arbeitsweise

Der Anspruch, den wir mit der VO verbinden, gleicht einem egalitären Assoziationsprinzip. Die einzelnen Teilstrukturen (lokale Gruppen) erlangen in keiner Form Verfügungsgewalt übereinander. Basis der Zusammenarbeit ist die freiwillige Teilnahme, sowohl innerhalb des von dem Prinzip der vernetzenden Organisation geschaffenen Rahmens als solchem, als auch an der Umsetzung von Projekten und Aktionen. Es gibt keine Zwangskollektivierung der lokalen Gruppen unter dem Namen der VO. Alle Entscheidungen, Projekte und Aktionen werden immer nur von den daran Beteiligten getragen. Mehrheitsabstimmungen und Vetorechte entfallen auf diese Weise.

Diese Arbeits- und Interaktionsformen betrachten wir als den Versuch, unsere gemeinsamen politischen Utopien jetzt schon im alltäglichen Umgang miteinander Wirklichkeit werden zu lassen. Wir verstehen sie als elementare Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit und wollen sie an dieser Stelle pointiert aufgliedern. Wer nicht bereit ist diese Grundlagen mitzutragen, ist in der VO fehl am Platze.

Emanzipatorisch

Emanzipation bedeutet einen Prozess des Erkennens und der Selbstbefreiung von jeder Form von Unterdrückungsmechanismen. Ihr Ziel ist die Selbstbestimmung der Menschen. So ist sowohl mit rassistischen, nationalistischen, sexistischen etc. Gedankenträger_innen als auch mit parteibuchtreuen Realpolitiker_innen genauso wie mit links-dogmatischen Wahrheitsfetischist_innen oder Menschen, die nicht bereit sind, sich wenigstens gedanklich von den Zwängen ihrer gegenwärtigen Lebensbedingungen loszusagen, in einem emanzipatorischen Sinne keine konstruktive und progressive politische Arbeit möglich.

Unser emanzipatorischer Anspruch beinhaltet jedoch nicht nur eine klare Distanzierung von rassistischem, sexistischem oder nationalistischem Gedankengut, sondern auch kritisches Mitreflektieren der eigenen Position in bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Selbstbefreiung des Individuums ist mit dem einfachen Erkennen eines Missstandes eben noch nicht erreicht. Selbstreflexion ist deshalb nicht bloß Bonus, sondern unabdingbare

Voraussetzung jedweder Form emanzipatorischen Denkens und Handelns.

Freiwilligkeit, bzw. freie Assoziation

Weder kann/soll/wird eine Gruppe, bzw. Person gezwungen oder genötigt eine Entscheidung mitzutragen, oder sich an Dingen zu beteiligen, welchen sie nicht zustimmt/(en), noch werden Menschen „im Dienst des großen Ganzen“ Funktionen oder Aufgaben aufgezwungen, noch kann davon ausgegangen werden, dass sich andere Basisgruppen und Einzelpersonen ohne konkrete Rücksprache an Prozessen oder Aktionen beteiligen. Gemeinsame Aktionen von Basisgruppen laufen grundsätzlich unter deren Namen ab. Die Gruppen können aber darauf hinweisen, dass diese Aktion im Rahmen der gemeinsamen Arbeit in der VO geplant wurde.

Konsensprinzip

Wir betrachten das Konsensprinzip als einen Ansatz, bei dem nicht am Ende eines Entscheidungsprozesses der Wille der Mehrheit über den Willen der Minderheit triumphiert. Konsens heißt jedoch nicht zwanghafte Gleichmacherei, sondern gerade das Anerkennen von unterschiedlichen Meinungen und im Zweifelsfall nicht miteinander vereinbaren Positionen mit allen daraus resultierenden Konsequenzen. Bevor ein Konsens ausgehandelt wird, sind die Notwendigkeit einer kollektiven konsensualen Entscheidung und die möglichen Optionen zu überprüfen.

Betroffenheitsprinzip

Das Betroffenheitsprinzip umfasst den Schutz vor Vereinnahmung sowie den Schutz von Nicht-Anwesenden.

Entscheidungen werden von Gruppen und Einzelpersonen getroffen, die an konkreten Projekten, Arbeitskreisen, etc. arbeiten bzw. die Auswirkungen tragen müssen. An der VO beteiligte Gruppen und Einzelpersonen, welche nicht direkt an solchen konkreten Projekten mitarbeiten und auch nicht deren Auswirkungen tragen müssen, können diese auch nicht z.B. durch ein Veto blockieren oder verhindern.

Auf der anderen Seite gibt es noch Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der VO, die die Auswirkungen einer Entscheidung tragen müssen, ohne an der Entscheidungsfindung oder Umsetzung beteiligt zu sein bzw. ohne sich beteiligen zu können. Wird das bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt, entsteht ein hierarchisches Moment - es wird über deren Kopf entschieden.

Transparenz und Offenheit

Informelle Hierarchien in Form von unterschiedlichen Wissens- und Informationsständen müssen vermieden werden. Es bedarf aber nicht nur einer kontinuierlichen horizontalen Kommunikation innerhalb der Struktur und der konsequenten Weitergabe von Informationen und Erfahrungen, sondern auch einer geeigneten Sicherung von Kommunikations- und Wissensständen dahingehend, dass neu hinzukommende Personen sich diese binnen kurzer Zeit (und auch möglichst umfassend) aneignen können, um so eine Machtkonzentration zu Gunsten der „alten Hasen“ zu vermeiden. Voraussetzung für die oben beschriebenen Offenheit der Struktur ist eine möglichst umfassenden Transparenz nach außen.

Delegierte und imperatives Mandat

Es ist wünschenswert, dass möglichst viele Menschen der einzelnen Gruppen an den Treffen teilnehmen.

Wenn Gruppen Delegierte schicken, sollten sie diese im Sinne der Verlässlichkeit möglichst

mit einem imperativen Mandat ausstatten. Wir verstehen darunter, dass vor einem Treffen innerhalb der jeweiligen Gruppen geklärt wird, inwieweit die Vertreter_innen für ihre Gruppe sprechen und Aufgaben übernehmen dürfen – damit gewährleistet ist, dass getroffene Verabredungen eingehalten werden können.

Dazu gehört auch, dass die Delegierten Rücksprache mit ihren Gruppen halten, wenn sie eine Entscheidung nicht in deren Namen treffen können. Die VO kann keine Entscheidungen für oder über die mitarbeitenden Gruppen treffen.

Hierarchiefreiheit

Die obigen Punkte sind ein Teil der Ausbuchstabierung unseres Anspruches auf eine hierarchiefreie Organisation des Projekts. Dies macht eine explizite Nennung des Anliegens an dieser Stelle allerdings noch nicht überflüssig. Wir lehnen institutionalisierte und informelle Hierarchien als zu bekämpfende Störfaktoren des menschlichen Miteinanders ab. Wir wollen niemanden vertreten, keine Macht über andere Teilnehmende ausüben oder (auch nur innerhalb der Vernetzung) unnütze und kontraproduktive Entscheidungsstrukturen aufbauen. Durch die Postulierung von Hierarchiefreiheit ist diese jedoch noch lange nicht erreicht. In der Praxis sollen sich deshalb alle Beteiligten aktiv für eine hierarchiefreie Zusammenarbeit einsetzen um diese im Ergebnis möglichst hierarchiearm zu gestalten.

Im persönlichen Umgang miteinander, z.B. in der Wahl der Worte oder der Argumentationsstrategien können (auch ungewollt) informelle Hierarchien und Machtmomente transportiert werden. Aus diesem Grund ist eine Reflektion darüber insbesondere im Sinne der angestrebten Hierarchiefreiheit unerlässlich.

Kontinuität

Unser Ziel ist es nicht, sich in Bezug auf tagesaktuelle Erscheinungen punktuell zusammenzuschließen. Wir vertreten vielmehr die Auffassung, dass die gegenwärtigen politischen Einzelercheinungen auf Grund einer ihnen innewohnenden und von uns abgelehnten gesamtgesellschaftlichen Tendenz zustande kommen. Daher soll unser Organisationsansatz weder zeitlich begrenzt, noch auf Vernetzungstreffen beschränkt sein, sondern sich an langfristigen Strategien für eine solidarische Gesellschaft inklusive eines solidarischen Bildungswesens orientieren. Grundsätzliche Voraussetzung für diese kontinuierliche Zusammenarbeit ist das Bewußtsein der lokalen Gruppen für die Notwendigkeit einer überregionalen Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten.

Alle sind verantwortlich, Wissen (nicht nur bezüglich des Vernetzungszusammenhanges) weiterzugeben, damit Erfahrungen und Fähigkeiten nicht verschwinden.

Persönlicher Austausch

Unpersönliche, bürokratisierte Vertretungs- und Kommunikationsstrukturen sind Teil eines Herrschaftsapparates, der die Menschen vereinzelt und somit kollektive Organisation (mehr oder weniger gezielt) zunichte macht. Aus diesem Grund, aber auch um unsere politische Aktivität auf eine von vielen getragene Grundlage zu stellen, wünschen wir uns den intensiven Austausch möglichst vieler Menschen im Rahmen der VO.

Arbeitsstruktur

Aus den politisch motivierten Ansprüchen an eine gemeinsame Arbeitsweise ergibt sich für uns zum jetzigen Zeitpunkt eine konkrete organisatorische Arbeitsstruktur, die wir im Folgenden darstellen. Diese Struktur ist in keiner Form unumstößlich, sondern soll zu jedem Zeitpunkt dahingehend hinterfragt werden, inwieweit sie die Realisierung unserer politischen Utopien zuläßt.

Vernetzungstreffen

Die Vernetzungstreffen finden vierteljährlich statt. Sie sollen eine breite Kommunikations- und Austauschplattform über aktuelle Themen, Ereignisse, Aktivitäten und Pläne der Gruppen bilden und auf die Entwicklung gemeinsamer Positionen und Handlungsperspektiven zu politischen Themen und Ereignissen abzielen. Inhaltliche Positionierung und die Planung gemeinsamer Handlungsansätze – also die Bereiche Theorie, Praxis und auch die Selbstorganisation – sollen dabei niemals parallel abgehandelt werden, damit keine Spaltung in Denker_innen und Organisierer_innen stattfindet. Die Treffen sollen an möglichst unterschiedlichen Tagungsorten stattfinden.

Vorbereitungsgruppe

Die Vorbereitungsgruppe soll keine hierarchische Instanz bilden und wird nach einem Rotationsprinzip besetzt. Sie besteht aus zwei lokalen Gruppen, von denen die Gruppe, die bereits zwei Treffen mit organisiert hat, auf dem Vernetzungstreffen durch eine neue Gruppe ausgetauscht wird. Ihre ausschließliche Funktion ist es die Vernetzungstreffen organisatorisch und im Rahmen des gemeinsamen Selbstverständnisses vorzubereiten (Infrastruktur, Einladungen, Koordinierung der jeweiligen inhaltlichen Themenschwerpunkte, etc.).

Arbeitskreise

Arbeitskreise sollen die inhaltliche Arbeit zu den Hintergründen aktueller Themen und Ereignisse, sowie die organisatorische Arbeit zu Aktivitäten und Plänen leisten. Sie sollen punktuell und intensiv auf den Vernetzungstreffen aber falls notwendig auch darüber hinaus kontinuierlich arbeiten.

Zwischen den Treffen

Zwischen den Treffen sollen sich alle Beteiligten gegenseitig darüber auf einem gemeinsamen Stand halten, was an den verschiedenen Orten passiert, woran die einzelnen Gruppen arbeiten und wie sie ihre jeweilige Lage einschätzen. Arbeitskreise, die zwischen den Treffen arbeiten, sollten alle über ihre Arbeit informieren.

Seminarwochen

Zusätzlich zu den Vernetzungstreffen finden halbjährlich in den Semesterferien Seminarwochen statt. Auf ihnen werden Themen bearbeitet, die in der auf aktuelle politische Entwicklungen und Tendenzen bezogenen Arbeit notwendigerweise zu kurz kommen. Dazu gehört insbesondere eine intensive Beschäftigung mit grundsätzlichen Fragestellungen der politischen, wissenschaftlichen und philosophischen Theorie sowie die Reflexion der eigenen Arbeit.

Reflektion der Selbstverständniserklärung

Alle sind verantwortlich Widersprüche zu diesem Selbstverständniss offen anzusprechen und die Erfüllung dieser Ansprüchen zu reflektieren.